



13. September 2019

Nicht für die Menschen, sondern mit den Menschen Politik machen

Rede von Regierungsrätin Jacqueline Fehr anlässlich des Demokratie-Festivals BETA

Liebe Anwesende
Liebe Organisatorinnen und Organisatoren
Liebe Demokratiebegeisterte

Darf ich fragen: Weshalb sind Sie heute hier?

Nun gut, ich denke mal wegen Dani Graf. Ist ja nicht schlecht, wenn man in seiner Aura ist. Kann ja mal ganz nützlich sein. Nun, ich denke auch wegen der vielen coolen Leute. Das Netzwerk kann auch ganz nützlich sein.

Aber sicher sind Sie hier, weil Ihnen die Demokratie in der Schweiz am Herzen liegt? Weil Sie spüren: Da fehlt etwas. Weil Sie überzeugt sind: Da muss noch mehr möglich sei.

Wenn wir an die Schweizer Demokratie denken, dann sehen wir uns mit einer paradoxen Situation konfrontiert: Einerseits verfügen wir Bürgerinnen und Bürger mit der direkten Demokratie hierzulande über so viele Partizipationsmöglichkeiten wie sonst fast nirgends auf der Welt. Andererseits fehlt aber ein lebendiger Diskurs über die Weiterentwicklung unserer Demokratie.

Und deshalb ist ein Anlass wie der heutige, das Beta Demokratie Festival, so wichtig! In den Workshops und Diskussionen des heutigen Tages ging es darum, unsere Zukunft zu denken: Wie können wir die direkte Demokratie weiterentwickeln, erneuern, beleben, neuen Gegebenheiten anpassen?

Die Schweiz gilt als "Weltmeisterin der direkten Demokratie". In den letzten 200 Jahren wurden rund die Hälfte aller weltweit stattfindenden Volksabstimmungen, sowie ein Drittel aller demokratischen Entscheide überhaupt, in der Schweiz abgehalten. Die Beteiligungsmöglichkeiten auf lokaler, kantonaler und nationaler Ebene sind vielfältig. Demokratieaktivistinnen und -aktivisten, aber auch staatliche Organe in der ganzen Welt schauen immer wieder auf die Schweiz, wenn sie Vorbilder suchen, um demokratische Instrumente auszubauen.

Alles gut also?

Mitnichten: Die "Weltmeisterin" zeigt nämlich Ermüdungserscheinungen: Die Beteiligung an einzelnen Abstimmungen und Wahlen ist hierzulande tief, meistens unter 50



Prozent. Das Durchschnittsalter der Stimmbevölkerung steigt zudem immer mehr an. Ausserdem ist ein wachsender Teil der Bevölkerung vom Stimmrecht ausgeschlossen, nämlich jene Personen, die keine Schweizer Staatsbürgerschaft besitzen.

Das führt dazu, dass in der Stadt Zürich in der Altersgruppe 30 bis 39-Jährigen nur noch jede zweite Person stimmberechtigt ist. 50 Prozent in dieser wichtigen Altersgruppe haben nichts zu sagen – weder zur Schulentwicklung, noch zur Steuerpolitik, noch zum Kulturangebot.

In den Städten des Zürcher Glatt- oder Limmattals haben rund 45 Prozent der Menschen keinen Schweizerpass. Wenn man sich dort mal die tatsächliche Stimmbeteiligung ansieht, haben im letzten Frühling, zum Beispiel in Opfikon, gerade mal 9,1 Prozent darüber entschieden, wer ich der Regierung sitzt und wie der Kantonsrat zusammengesetzt ist.

Ich war kürzlich in Südafrika, in Johannesburg. Dort habe ich das Kliptown Open Air Museum besucht, welches dem Anti-Apartheidskämpfer Walter Sisulu gewidmet ist. Besonders beeindruckt hat mich ein Denkmal der Südafrikanischen Freiheits-Charta, einem zentralen Dokument der Anti-Apartheidsbewegung. Im allerersten Abschnitt und ganz zentral für diese Freiheits-Charta wird die demokratische Mitbestimmung aller Menschen, unabhängig von ihrer Hautfarbe, gefordert. Das Stimmrecht als elementares und zentrales Grundrecht.

Tief berührt haben mich einen Tag später im Apartheid-Museum von Johannesburg auch die Fotos von den unendlich langen Menschenschlangen, die sich bei der allerersten freien demokratischen Wahl von 1994 vor den Wahllokalen gebildet haben. Da standen Menschen stundenlang in der Sonne, um endlich teilhaben zu können an den Geschicken ihres Landes. Diese Eindrücke haben mich einmal mehr daran erinnert, wie ungemein wertvoll das Gut der demokratischen Mitbestimmung ist!

Nun, wie steht es um dieses Gut bei uns? In der Schweiz ist die direkte Demokratie heutzutage sehr stark gelenkt von den etablierten Parteien und politischen Eliten. Die Mehrheit der Initiativen werden heute von den politischen Parteien selbst lanciert – die direkte Demokratie hat sich zum Wahlkampfinstrument entwickelt.

Liebe Anwesende, wir müssen dafür sorgen, dass die direkte Demokratie wieder mehr ein Instrument für die Zivilgesellschaft wird.

Ein Instrument für die Bürgerinnen und Bürger!

Ein Instrument, um die Elite zu kontrollieren – und nicht ein Instrument der Eliten, um die Bevölkerung zu lenken.

Dies scheint mir ganz besonders wichtig in einer Zeit, wo die Demokratie von unterschiedlichen Seiten unter Druck gerät.

Wir leben in einer unübersichtlichen Zeit. Mit den neuen digitalen Möglichkeiten der Kommunikation eröffnen sich neue Chancen, sich selbständig und aus vielfältigen Quellen über Politik zu informieren und über Politik zu diskutieren.



Aber mit diesen neuen Möglichkeiten kommen auch neue Risiken: Die Verbreitung von Desinformationen und Verschwörungstheorien hat zugenommen. In einigen Ländern schrecken selbst Regierungschefs nicht mehr davor zurück, wissenschaftliche gesicherte Fakten, wie zum Beispiel den menschengemachten Klimawandel, zu verleugnen.

Es steigt zudem das Risiko einer Fragmentierung der öffentlichen Meinungsbildung, wenn sich Menschen in einen kleinen Kreis von Gleichgesinnten zurückziehen und sich nur noch die Informationen zu Gemüte führen, die ihre Weltsicht bestätigen. Die sozialen Medien verstärken diese Tendenz.

Und: Überall auf der Welt gewinnen populistische, autoritäre, nationalistische Mächte an Macht. Diese geben vor, einen homogenen Volkswillen zu repräsentieren, und lehnen genau jene Vielfalt an Ideen, Weltanschauungen, Lebensweisen und persönlichen Hintergründen ab, die so typisch ist für unsere heutigen Gesellschaften.

Unsere Wohlstandsgesellschaft ist nämlich diverser geworden. Und gleichzeitig ist sie in den letzten 50 Jahren sozial ungleicher geworden. Der Wandel von einer Industriegesellschaft zu einer postindustriellen, digitalisierten Dienstleistungsgesellschaft bringt nicht nur eine Automatisierung von Arbeitsprozessen, sondern schafft auch neue Ungleichheiten, die bei der Bevölkerung Statusängste auslösen können.

Diese Ängste und Unsicherheiten werden von populistischen Akteuren gekonnt mobilisiert. So leben wir heute in einer relativ polarisierten Gesellschaft, wo die Bereitschaft, der anderen Seite, der politischen Gegnerin oder dem politischen Gegner, zuzuhören und deren Argumente ernst zu nehmen, immer kleiner wird.

Geschätzte Anwesende: Alle diese Prozesse bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Vertrauen ins politische System.

Immer mehr Menschen fühlen sich in unserer Demokratie abgehängt, nicht gehört und ausgegrenzt. Darauf müssen wir eine Antwort finden.

Und die Antwort heisst Teilhabe.

Ich bin überzeugt, dass wir als freiheitliche demokratische Rechtsstaaten die Frage, wie wir Menschen an der Gestaltung unseres Lebens, unserer Gesellschaft, unserer Zukunft teilhaben lassen können, ins Zentrum stellen müssen.

Teilhabe heisst, nicht *für* die Menschen, sondern *mit* den Menschen Politik zu machen. Teilhabe heisst, die politischen und sozialen Bewegungen als Plattformen für engagierte Menschen zu stärken. Teilhabe heisst, die Zugänge zu Kultur und Kunst zu öffnen. Teilhabe heisst, die Vielfalt auch ins Recht zu fassen – Stichwort Ehe für alle. Stichwort Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften. Teilhabe heisst, den wirtschaftlichen Profit gerecht zu verteilen. Teilhabe heisst, unseren Lebensraum partizipativ zu gestalten. Und Teilhabe heisst auch, unsere Stimm- und Wahlrechte auszubauen.

Das allgemeine Stimm- und Wahlrecht, wie wir es heute in der Schweiz kennen, ist kein Naturgesetz. Das allgemeine Stimmrecht wurde 1848 erstmals eingeführt und galt damals für gerade einmal 23 Prozent der Bevölkerung: nämlich für steuerzahlende Männer.



In den letzten 200 Jahren wurde das Stimmrecht sukzessive von 23 Prozent auf 65 Prozent der Bevölkerung ausgeweitet. Zuletzt 1971 mit dem Frauenstimmrecht und 1991, als das Wahlrechtsalter von 20 auf 18 Jahre gesenkt wurde.

Das Stimmvolk – der Demos – hat sich also gewandelt hin zu mehr Inklusivität und mehr Repräsentativität.

In den letzten Jahren sehen wir allerdings wieder eine Abnahme dieser Inklusivität und Repräsentativität. Das ist vor allem zwei Entwicklungen geschuldet: Dem demographischen Wandel – der Alterung der Bevölkerung – und der zunehmenden internationalen Mobilität in einer globalisierten Welt.

Wie halten wir dagegen? Indem wir insbesondere zwei Gruppen besser einbeziehen: die Jugendlichen und Personen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft.

Zu den Jugendlichen. 16- und 17-jährige, die sich um ihre Zukunft auf diesem Planeten sorgen, haben keine Stimme. Sie können auf die Strasse gehen, streiken, lautstark auf ihre Anliegen aufmerksam machen – was sie erfreulicherweise tun! –, aber sie haben nicht die Chance, an der Urne unsere Klima-, unsere Wirtschafts- und unsere Sozialpolitik mitzugestalten. Und dies in einer Bevölkerung, die immer älter wird. Nicht nur altert die Bevölkerung, sondern ältere Bürgerinnen und Bürger gehen in der Schweiz traditionellerweise auch überdurchschnittlich häufig wählen. Bei den letzten nationalen Wahlen von 2015 nahmen 22 Prozent der 18 bis 24-Jährigen teil und 62 Prozent der über 65-Jährigen. Das Medianwahlalter liegt in der Schweiz mittlerweile bei 57 Jahren und nimmt jedes Jahr um weitere 4 Monate zu.

Das bedeutet, geschätzte Anwesende: Die Hälfte der Schweizer Stimm- und Wahlteilnehmenden ist älter als 57! Also älter als ich!

Wir wissen aus der Forschung, dass die erste Wahl, an der ein junger Mensch teilnehmen darf, entscheidend ist für die Ausbildung einer Wahlgewohnheit. In anderen Worten: Diejenigen, die an ihrer ersten Wahl teilnehmen, werden mit grösserer Wahrscheinlichkeit auch im späteren Leben regelmässig zur Urne gehen. Diejenigen hingegen, die an ihrer ersten Wahl *nicht* teilnehmen, werden auch später eher zu Hause bleiben. Und hier ist die politische Bildung in der Schule entscheidend: Mit 16 nämlich gehen die Jugendlichen noch zur Schule. Hier ergibt sich die Möglichkeit, das politische Engagement zu einem Zeitpunkt zu fördern, wenn die Jugendlichen auch tatsächlich bereits mitbestimmen können.

Politische Bildung ohne politische Rechte bleibt aber zwangsläufig eine reine Trockenübung ohne grosse Wirkung. So plädiere ich nicht nur für die Ausweitung des Wahlrechtsalters auf 16- und 17-Jährige, sondern gleichzeitig für eine systematische Demokratieschulung unserer Jugendlichen.

Junge Menschen müssen zur Demokratie befähigt werden, indem sie die Demokratie als Kulturtechnik erlernen, und zwar gleichzeitig in der Schule und an der Urne. Denn dass das politische Interesse vorhanden ist, zeigen uns all die Jugendlichen, die für das Klima und den Schutz unseres Planeten auf die Strasse gehen.

Wie das geht, habe ich vor Jahren in Schweden gesehen. Dort gibt es immer in den Wochen vor den Wahlen eine Projektwoche, bei der sich alle Schul- und Ausbildungsstufen altersgerecht an simulierten Wahlen beteiligen. Sie führen Kampagnen durch,



bestreiten Podiumsgesprächen in Rollenspielen und wählen am Schluss mit Unterlagen, die genauso gelayoutet sind wie die Originale. So lernt man Demokratie. Das sollten wir auch vermehrt tun, denn Wählen ist eine Kulturtechnik, die man sich aneignen muss und einem nicht qua Geburt als Schweizerin oder Schweizer ins genetische Grundgefüge eingepflegt wird.

Nebst den Jungen gibt es eine zweite Gruppe, die wir ins Auge fassen müssen: die Personen ohne Schweizer Pass. Sie haben, egal wie lange sie hier leben und wie gut sie sich integriert haben, auch keine Stimme.

Internationale Mobilität und globale Vernetzung sind heute für breite Bevölkerungsschichten die Normalität, seien dies Studierende und Wissenschaftlerinnen, Bauarbeiter, Serviceangestellte oder Kaderangestellte und CEOs von internationalen Unternehmen. Dadurch wird die Menge der Wahlberechtigten immer weniger deckungsgleich mit der Menge der Wohnbevölkerung, also jener Menschen, die in der Schweiz leben, arbeiten, Steuern zahlen und die Gesellschaft mitprägen.

Diese zunehmende Diskrepanz zwischen Stimmbevölkerung und Wohnbevölkerung ist ein Problem für die Legitimität von demokratischen Entscheidungen. Demokratische Entscheidungen beruhen auf dem Prinzip "ein Mensch – eine Stimme".

Das elektorale Element ist zentral für alle möglichen Konzeptionen der Demokratie: sei es das liberale Demokratiemodell, das republikanische, das kommunitaristische oder eben das partizipative. Demokratie beruht immer auf gleichem Wahlrecht für alle.

In der Schweiz hat aber heute nicht mehr jeder Mensch eine Stimme. Hier hinken wir den Ländern der Europäischen Union hinterher, wo bereits automatisch das Stimmrecht auf lokaler Ebene für Zugewanderte aus anderen EU-Staaten gilt.

Liebe Anwesende: Wir müssen das Stimmrecht für Personen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft neu denken: Nicht etwa als *Krönung*, sondern als *notwendiger Bestandteil* der sozialen Integration in unserem Land. Denn das Wahlrecht ist kein Geschenk, sondern ein demokratisches Grundrecht!

Wichtig dabei: Das Stimm- und Wahlrecht ist nicht etwa eine Alternative zur Einbürgerung. Das Stimm- und Wahlrecht ist ein zentrales Element einer erfolgreichen Integrationspolitik. Denn letztlich ist doch klar: Integriert ist nur, wer mitbestimmen kann. Einbürgerung hingegen ist ein Rechtsakt. Eine Verrechtlichung des persönlichen Lebensmittelpunktes.

Vergleichende Analysen in Europa zeigen, dass diejenigen Staaten, die eine liberalere Einbürgerungspolitik betreiben, auch grosszügigere politische Rechte an Nicht-Bürgerinnen und Nicht-Bürger vergeben. Die beiden Politiken gehen Hand in Hand und sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Geschätzte Anwesende: Ich bin fest davon überzeugt, dass wir in der Schweiz mehr Demokratie wagen müssen! Und dass wir engagierte und mutige Menschen wie Sie dazu dringend brauchen.

Bleiben Sie dran!